

17.12.2012

Vortragsveranstaltung der Unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Reichsfinanzministeriums in der Zeit des Nationalsozialismus

**Ramona Bräu (Universität zu Köln)**

**Vortrag: Zur Rolle der Reichsfinanzverwaltung im besetzten Polen**

### **Kurzfassung**

Mit dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Polen im September 1939 erweiterte sich abermals der Zuständigkeitsbereich des Reichsfinanzministeriums und seines Verwaltungsapparats. Zuvor waren bereits durch die Annektierung Österreichs und von Teilen der Tschechoslowakischen Republik Millionen von Steuerzahlern, Gebühren- und Abgabepflichtiger, ehemaliges Staatsvermögen sowie die Zollabfertigung und Grenzsicherung an den neuen Reichsgrenzen an die Reichsfinanzverwaltung übergegangen. Mit der Besetzung, Zerschlagung und Enteignung des polnischen Staates und seiner Einwohner wurden nun zudem bis dahin ungeahnte Vermögensmassen im Rahmen der Germanisierungspolitik und der Kriegswirtschaft zwangsenteignet, umverteilt oder schlicht geraubt. Welche Aufgaben und Einflussmöglichkeiten dabei dem Reichsministerium der Finanzen zukamen, untersucht das Teilprojekt.

Die lange Besatzungsphase von über fünf Jahren, die teilweise Annektion polnischer Gebiete im Zuge der nationalsozialistischen Vertreibungs- und Siedlungspolitik, die Ausbeutung des Landes in wirtschaftlicher Hinsicht und die Errichtung eines Polizei- und Terrorapparates waren in der Vergangenheit immer wieder Gegenstand weitreichender Forschungsarbeit. Bisher lag der Schwerpunkt dieser Forschung zur nationalsozialistischen Polenpolitik vor allem auf der wirtschaftlichen Ausplünderung durch Verschleppung von Zwangsarbeitern, Abtransport von Ressourcen und der Zwangsenteignung, Beraubung und Ermordung der polnischen und jüdischen Bevölkerung. Zur deutschen Besatzungsverwaltung, die durch finanz- und steuerpolitische Lenkung die finanzielle Basis für dieses Regime schuf, ist hingegen kaum etwas bekannt. Welcher Maßnahmen sich das mit Fachpersonal der Reichsfinanzverwaltung geschaffene Finanzressort bei der deutschen Okkupationsregierung in Krakau bediente, um der polnischen und jüdischen Bevölkerung immer höhere Abgaben für die deutsche Kriegsmaschinerie abzupressen, wird ebenso untersucht wie die Frage nach der Involvierung des Berliner Ministeriums in die Entscheidungsprozesse vor Ort. Welches

Selbstverständnis nahmen dabei die Ministerialbeamten in Berlin und die ins besetzte Polen entsandten Beamten gegenüber ihrem Verwaltungsauftrag ein? Inwieweit waren sie in die Terrormaßnahmen gegenüber der jüdischen und polnischen Bevölkerung verstrickt oder über die Vorgänge informiert?

Sowohl Steuer- als auch Zollverwaltung wurden in raschem Tempo errichtet und gewährleisteten so, dass die Einnahmen für das Besatzungsregime schnellstmöglich flossen. Dabei wurde von Beginn an gegenüber der einheimischen Bevölkerung rücksichtslos und mit Zwangsmaßnahmen agiert.

Nach der Teilung des besetzten Polens unterstützte das Ministerium in den westlichen an das Reich annektierten Gebieten durch eine diskriminierende Steuerpolitik und eine rigide Grenzsicherung die Vertreibungs- und Germanisierungspolitik. Gegenüber dem als Generalgouvernement unter deutscher Besatzungsverwaltung stehenden polnischen Restgebiet forderte der Reichsminister der Finanzen rücksichtslos immer höhere Besatzungskosten ein, die maßgeblich zur weiteren Verelendung der polnischen Bevölkerung beitrugen.

Neben der Verbuchung der Kriegsbeute für den Reichshaushalt bezog das Ministerium nicht nur in haushaltsrechtlichem Sinne Position zu anderen Reichs- und Besatzungsbehörden, die mit der Verwaltung und Verwertung von polnischen Beutegütern betraut waren. In welchem Umfang das Ministerium dabei eigene Interessen durchsetzen konnte bzw. welche Position es gegenüber anderen Stellen wie dem Reichsführer SS oder der Göring unterstellten mit der Vermögensabwicklung in den annektierten Gebieten beauftragten Haupttreuhandstelle Ost einnahm, wird im Rahmen der Studie analysiert.

Der Aufgabenbereich des Reichsfinanzministeriums wuchs mit Kriegsbeginn nicht nur hinsichtlich der Kriegs- und Besatzungsfinanzierung. Die Sicherung der sich ausdehnenden Grenzen des sogenannten Großdeutschen Reiches und der besetzten Gebiete band die Beamten der Zollverwaltung im besetzten Polen unmittelbar in die Raub- und Terrormaßnahmen ein. Die Rolle des Zollgrenzschutzes als militärisch organisiertem Zweig der Reichsfinanzverwaltung zwischen Grenzsicherung, Partisanenbekämpfung und Judenmord ist ebenfalls Forschungsgegenstand des Projekts. Nach bisherigen Erkenntnissen beteiligten sich Zollgrenzschützer und Zöllner vereinzelt aktiv an Beraubungs- und Vernichtungsmaßnahmen gegenüber der jüdischen Bevölkerung.

Die Teilstudie zu Polen verdeutlicht im Besonderen die Verstrickung des Ministeriums in die ideologischen Kriegsziele des Regimes. Neben der Erpressung von Besatzungskosten

steht hier die Rolle des Reichsfinanzministeriums in der nationalsozialistischen Eroberungs-, Siedlungs- und Vernichtungspolitik in Mitteleuropa im Zentrum des Erkenntnisinteresses.